

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Wissenschaft und Forschung

15. Sitzung
9. Januar 2023

Beginn: 09.31 Uhr
Schluss: 12.11 Uhr
Vorsitz: Franziska Brychey (LINKE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Franziska Brychcy: Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0005](#)
Hochschulverträge 2023-2027 – Wie steht es um die
Planungs- und Finanzierungssicherheit für die
Berliner Hochschulen?
(auf Antrag der Fraktion der CDU) WissForsch
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0020](#)
Am Vorabend neuer Hochschulverträge: Eckpunkte
und Umsetzung des BerlHG
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke) WissForsch
- c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0055](#)
Hochschulvertragsverhandlungen 2024 – 2028. Was
braucht die Stadt von ihren Hochschulen?
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke) WissForsch

Hierzu: Anhörung

Zu Tagesordnungspunkt 3 wurde um die Anwesenheit einer Vertretung der Senatsverwaltung für Finanzen gebeten. Vorhin habe ich schon Frau Staatssekretärin Borkamp begrüßt. – Danke, dass Sie heute bei uns sind! – Ich begrüße unsere Anzuhörenden in alphabetischer Reihenfolge: Frau Martina Regulin, Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft – GEW –, Herrn Prof. Dr. Thomas Sommer, stellvertretender Vorstandsvorsitzende von Berlin Research 50 – BR 50 –, und Frau Sandra Trommsdorf, Bereichsleiterin Wirtschaft und Politik der Industrie- und Handelskammer zu Berlin – IHK –. Noch nicht eingetroffen, aber angekündigt, ist Herr Prof. Dr. Uhlmann, Leiter des Fraunhofer Instituts für Produktionsanlagen und Konstruktionstechnik. Ihn werden wir begrüßen, wenn er eingetroffen ist, aber Ihnen dreien sage ich ein herzliches Willkommen! Ich stelle kurz fest, dass auch Sie mit dem Vorgehen insbesondere mit der Liveübertragung und den Bild- und Tonaufnahmen einverstanden sind. – Das ist der Fall; vielen herzlichen Dank! Ich gehe davon aus, dass auch die Anfertigung eines Wortprotokolls gewünscht ist. – Das ist auch der Fall, danke! Ich frage, ob ein Vertreter der CDU-Fraktion und danach eine Vertreterin oder ein Vertreter der Koalitionsfraktionen den Besprechungsbedarf begründen möchte. – Das ist der Fall. – Dann haben zuerst Sie das Wort, Herr Grasse!

Adrian Grasse (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Die Hochschulverträge sind das zentrale Steuerungsinstrument für die Umsetzung der hochschulpolitischen Zielsetzungen des Landes Berlin. Sie sind auch die Grundlage für die Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen und damit unseres Wissenschaftsstandortes. Die aktuellen Hochschulverträge sind kürzlich um ein Jahr bis Ende 2023 verlängert worden – ein richtiger Schritt, den wir als CDU-Fraktion nicht nur begrüßt haben, sondern schon über ein Jahr zuvor gefordert und mit entsprechendem Antrag in der letzten Legislaturperiode ins Parlament eingebracht hatten.

Das hätten wir alles früher haben können, aber das hat diese Koalition mit Scheinargumenten damals abgelehnt.

Es ist klar, dass unsere Hochschulen möglichst langfristig Planungs- und Finanzierungssicherheit benötigen. Ich mache mir große Sorgen um die Entwicklung der Hochschulen. Die guten Jahre sind aus meiner Sicht vorbei. Das hängt auch mit der Aufstellung der Wissenschaft in der jetzigen Senatskonstellation zusammen. Die aktuellen und zukünftigen wissenschaftspolitischen Herausforderungen sind groß, auch mit Blick auf die Exzellenzstrategie. Auch da mache ich mir große Sorgen, wie es weitergeht. Es hängt auch mit finanziellen Fragestellungen zusammen. Dass Daueraufgaben wie die Lehrkräftebildung mittlerweile über befristete Sonderprogramme abgesichert werden, ist bedenklich, ähnlich wie die Forderung, dass die Hochschulen auf Rücklagen zugreifen sollen, um den Sanierungsstau abzubauen. Der „Tagesspiegel“ berichtet heute dazu.

Über die Personalsituation an unseren Hochschulen sollten wir auch sprechen. Der Fachkräftemangel macht auch vor unseren Universitäten nicht halt. Die Hauptstadtzulage hat für neue Ungerechtigkeiten gesorgt. Aus dem Jahr 2021 liegt mittlerweile ein Gutachten zur Evaluation der Berliner Hochschulen vor, das die LKRP initiiert hat. Dort heißt es, dass sich das System der leistungsbezogenen Hochschulfinanzierung zwar bewährt habe, aber die Tendenz zur Detailsteuerung zu Ungunsten der Hochschulautonomie jedoch bedenklich ist. Gerade den Berliner Hochschulen wurden in den vergangenen Jahren die Handlungsspielräume erheblich eingeschränkt. Wir haben das bereits anlässlich der BerlHG-Novelle kritisiert. Die Finanzierung hält mit den zunehmenden Aufgaben, die den Hochschulen gestellt werden, nicht Schritt. Deshalb freue ich mich sehr, dass wir heute hier im Ausschuss in der ersten Sitzung im neuen Jahr die Gelegenheit haben, mit Sachverständigen vor Ort über die vielfältigen Herausforderungen und Entwicklungen zu sprechen. Ich danke allen, die heute als Anzuhörende in den Ausschuss gekommen sind, und freue mich auf die Diskussion!

Vorsitzende Franziska Brychcy: Vielen Dank! – Ich sehe Frau Dr. Czyborra für die Begründung für die Koalitionsfraktionen.

Dr. Ina Maria Czyborra (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Schon einmal vielen Dank im Voraus an die Anzuhörenden! Als Koalition haben wir uns gedacht, dass wir zum Auftakt des Jahres die Diskussion vielleicht einmal von der anderen Seite aufziehen sollten, dass wir nicht nur fragen, wie viel Geld die Hochschulen brauchen, sondern dass wir uns erst einmal darüber unterhalten, wofür die Hochschulen gut aufgestellt sein sollen und was es eigentlich ist, was diese für diese Stadt, für die Gesellschaft, für das Land und darüber hinaus leisten. Ich will es ganz kurz anreißen: Die Grundlagenforschung ist natürlich die Grundlage für die Lösung zukünftiger oder aktueller Probleme. Die Sozialforschung ist wichtig, um zu verstehen wie man zum Beispiel gerade mit den an Silvester wieder ausgebrochenen Konflikte in einer Stadt umgehen kann, die wir nicht exklusiv haben. Natürlich brauchen wir vor allem die 200 000 Studierenden in dieser Stadt als Arbeitskräfte für die öffentliche Hand, für die Daseinsvorsorge, aber auch für die Wirtschaft, für die Wissenschaft, für die Start-ups und für den zukünftigen wirtschaftlichen Erfolg unserer Stadt. Wir brauchen die Lehrkräftebildung; wir brauchen, wie gesagt, Ausgründungen. All das erwarten wir von unseren Hochschulen, dass sie in den verschiedensten Bereichen in Forschung und Lehre der Gesellschaft helfen, sich gut zu entwickeln.

Insofern stellen wir heute die Fragen, was die Anforderungen aus Sicht von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen, der Wirtschaft, der Wissenschaft insgesamt, also der Forschungsinstitute der Außeruniversitären, sind und wie wir die gute Entwicklung eigentlich absichern wollen. Danach müssen wir uns darüber unterhalten, wie viel Geld wir dafür brauchen, wie das alles funktionieren kann und wo die wissenschaftspolitischen Schwerpunkte zu setzen sind. Insofern geht heute die Frage, was wir wirklich brauchen, auch an die Finanzverwaltung. Das war uns heute wichtig, weil die Finanzverwaltung in ihrer Verantwortung für Fachkräfte, für die Beschäftigten der Stadt Berlin, für die Bedarfe, die wir dort haben, die Zuständigkeit hat. Bevor wir darüber reden, wie wir bestimmte Fachbereiche und die Hochschulen ausstatten und aufstellen wollen, müssen wir eine Vorstellung nicht nur davon haben, wie viele Lehrkräfte wir brauchen, sondern auch, wie viele Radwegs-, U-Bahn- und Straßenbahnplaner und -planerinnen, Pflegekräfte und Menschen in den Regionalen Sozialen Diensten und darüber hinaus wir brauchen. Wenn wir darüber eine Vorstellung haben, fällt es uns anschließend vielleicht leichter, darüber zu reden, wie wir das alles finanziell absichern können und wie wir diese öffentlichen Belange mit den Interessen der intrinsisch motivierten Wissenschaft in den anstehenden Verhandlungen übereinbringen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Brychcy: Vielen Dank! – Wir kommen jetzt zur Anhörung. – Liebe Anzuhörende! Sie haben im Vorfeld einen Fragenkatalog mit sieben Fragen erhalten. Wir bitten Sie, sofern es Ihnen möglich ist, diese in Ihrem Eingangsstatement mit zu adressieren. Im Anschluss Ihrer Eingangsstatements gibt es die Möglichkeit, auf die Fragen und Anmerkungen der Abgeordneten einzugehen. Wenn das für Sie in Ordnung ist, würden wir in alphabetischer Reihenfolge vorgehen, also zuerst Frau Regulin, dann Herr Prof. Dr. Sommer und dann Frau Trommsdorf. – Ich sehe keinen Widerspruch, sondern Zufriedenheit, dann starten wir. – Frau Regulin, Sie haben das Wort!

Martina Regulin (GEW): Herzlichen Dank für die Einladung! Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende! – Frau Staatssekretärin Naghipour! Frau Staatssekretärin Borkamp! Liebe Abgeordnete und liebe Gäste! Ich habe mir die Fragen angeschaut, und ein paar Fragen sind für eine Gewerkschaft zu groß, um sie hier in aller Gänze beantworten zu können. Es ist natürlich so, dass Hochschulen mehr sind. Sie sind nicht nur Ausbildungsinstitutionen, sondern sie sind auch Arbeitgeber und Forschungsinstitutionen und verbinden das mit der Lehre. Das macht im Prinzip genau die Problematik, die die Hochschulverträge haben, deutlich, dass sie eben mehrere Gebiete abdecken müssen. Für die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist es sicherlich so, dass die Befristungsquote ein großes Problem ist. Man kann sagen, dass dadurch auch die Betreuung der Studierenden schwierig ist, aber auch, wenn entfristete Verträge auch ein sehr hohes Lehrdeputat haben, ist das auch wieder eine Problematik, die der Betreuung von Studierenden nicht beiträgt und dadurch zu Studienverlängerungen und solchen Dingen führt.

Der Fachkräftemangel ist an den Hochschulen aber auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Technik, Service und Verwaltung sehr hoch. Es ist – so empfinde zumindest ich das, wenn man mit Menschen spricht – eine Konkurrenz unter den Hochschulen um die besten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Es fehlt die Idee, wie wir mehr Mitarbeitende, die uns zur Verfügung stehen, in die Personalabteilungen, Studienbüros, Prüfungsbüros usw. bekommen. Da ist ein Konkurrenzkampf zwischen den Universitäten und Hochschulen und ein eklatanter Fachkräftemangel entstanden, der dazu führt, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Hochschulen überarbeitet sind, der Krankenstand sehr hoch ist oder auch die Fluktuati-

on steigt. Das sehen inzwischen auch die Präsidentinnen und Präsidenten der Universitäten und Hochschulen. Ich finde es gut, dass sie es sehen, leider fehlt noch eine Lösung.

Die Lösung wären gute Arbeitsplätze. Die Aufgabenvielfalt hat zugenommen. Die müsste wieder ein wenig reduziert werden. Wenn man an der Hochschule arbeitet, egal ob wissenschaftlicher Mitarbeiter oder wissenschaftliche Mitarbeiterin oder in der Verwaltung, darf man an der akademischen Selbstverwaltung teilnehmen. Die Zeit dafür ist auch sehr wichtig, dass man Zeit dafür hat, sich miteinander zu vernetzen, miteinander zu sprechen, Informationen weiterzugeben. Das soll im Prinzip in den Hochschulverträgen passieren, nämlich die Informationen, was die großen Ziele sind und wo wir hinwollen, nach unten zu geben und einen Gesprächsfluss in Gang zu setzen.

Der Fachkräftemangel wurde schon angesprochen. Ich komme aus der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft; natürlich ist der Lehrkräftemangel ein ganz großer. Wir haben Analysen, dass 3 000 Lehrkräfte fehlen; manchmal sind es auch mehr. Es kommt immer darauf an, wie man die Bedarfszahlen sieht, die jeweils schwanken, was an Aktualität in Berlin los ist und wie viel Kinder dann in die Schulen kommen, aber auch – das wurde schon von Frau Czyborra gesagt – bei allem, was mit der Pflege und der Sozialen Arbeit zu tun hat, fehlen uns die Fachkräfte.

Bei der Lehrkräftebildung ist es so, dass wir nicht sehen, dass die Universitäten das als primäres Highlight sehen. Sie sind in der Forschung exzellente Universitäten, aber bei der Lehrkräfteausbildung fehlt – ich nehme einen Begriff, den wir schon öfters gehört haben – der Wumms oder so etwas in der Art, dass die Lehrkräftebildung in den Universitäten auch in den Fachwissenschaften ankommt und dort eine Priorität hat, dass sie innerhalb der Fachwissenschaften nicht mit: Sie sind Studierender, Sie wollen ja nur Lehrkraft werden –, angesprochen werden, sondern mit: Ja, Sie sind Studierender, Sie wollen Lehrkraft werden! – Das ist das: Gute Lehrkräfte in den Schulen erzeugen wieder gut ausgebildete Menschen, die an die Hochschulen kommen, um den Kreislauf zu schließen und gute Forschung zu machen. Die Lehrkräfteausbildung sollte also das Thema und nicht nur ein Teil sein.

Was für mich auch wichtig ist, ist die Vernetzung zwischen den Universitäten und den Hochschulen für Angewandte Wissenschaften. Wir haben die BUA, die im Forschungsbereich eine Vernetzung zwischen den Universitäten gewährleisten soll, aber es holpert an vielen Stellen, weil die Mitarbeitenden der BUA wieder Lehre in den eigenen Hochschulen machen und dort die Studienplätze erhöht werden müssen. Wir brauchen viele Studienplätze, aber wir brauchen auch eine gute Betreuung. Die Überarbeitung der LVVO oder vielleicht sogar der KapVO ist dringend notwendig, um eine gute Betreuung zu gewährleisten. Das ermöglicht den Studierenden einen schnellen Studienabschluss.

Die Zusammenarbeit: In meiner Vorstellung ist es so, dass sich Professorinnen und Professoren und wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf irgendwelchen Konferenzen in Sonstwo treffen und dann merken, dass sie an der gleichen Universität lehren, aber in ganz unterschiedlichen Fachbereichen sind. Meiner Meinung nach wäre es wundervoll, eine Vernetzung, ein Angebot für die Forschenden und Lehrenden in Berlin zu haben. Es gibt die Lange Nacht der Wissenschaften, aber was mache ich an der Humboldt-Universität, um Links zu präsentieren, damit es die Freie Universität auch einmal sieht? Das fehlt mir total. Ich habe

manchmal das Gefühl, dass Berlin mehr in der großen, weiten Welt spielt, als hier selbst zu zeigen, was wir an den Universitäten leisten.

Die Herausforderungen in den nächsten Jahren werden die hohen Energiekosten und die Preissteigerungen sein, aber auch, dass das Personal gebunden werden kann. Dafür braucht es die richtige Eingruppierung nach den Tätigkeiten, die die Menschen vor Ort machen. Es braucht Entfristungen im wissenschaftlichen Mittelbau, damit dort eine Möglichkeit der Forschung, der Lehre und der Betreuung auf längerer Basis für die Studierenden existiert, damit eine Beratung in Bezug auf die Fächer geleistet werden kann. Wir brauchen keine Hochdeputatsstellen in der Wissenschaft und nicht nur gute Professoren, sondern auch einen Mittelbau, der an den Hochschulen entfristet seine Arbeit leistet. – Herzlichen Dank!

Vorsitzende Franziska Brychcy: Vielen Dank! – Wir setzen mit Herrn Prof. Dr. Sommer fort.

Dr. Thomas Sommer (BR 50): Einen schönen guten Morgen auch von meiner Seite! Liebe Frau Vorsitzende! Liebe Frau Naghipour! Liebe Abgeordnete! Vielen Dank für die Einladung! Ich repräsentiere hier die BR 50, den Zusammenschluss der außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Berlin. Die „50“ steht für die Zahl, die wir ungefähr an außeruniversitären Einrichtungen in Berlin haben. Wir sind mittlerweile ein Verein, und insofern haben wir die erste Hürde an der Stelle genommen. Ich freue mich sehr, weil wir uns als eine Einrichtung oder eine Assoziation verstehen, die zur Entwicklung der Forschungslandschaft in Berlin beitragen und sich stark mit den universitären Einrichtungen vernetzen möchte, um Berlin als Standort für Wissenschaft international voranzutreiben.

Wir sind, finde ich, nach wie vor super gut, auch wenn man das oft nur im Ausland feststellt, wie viele gute Leute in Berlin sind. Nichtsdestotrotz haben wir diese Leute vor Ort und können diesen Standort mit einer gemeinsamen Aktivität zwischen universitär und außeruniversitär weiterentwickeln. Die Exzellenzstrategie ist sicher ein Beispiel dafür, wo wir dazu beitragen können, die Versäulung innerhalb des Landes Berlin aufzuheben. Wir haben viele verschiedene Forschungseinrichtungen im außeruniversitären Bereich, wir haben verschiedene Universitäten. Eigentlich sollten wir uns als eine gemeinsame Forschungslandschaft verstehen. Das wäre auch das Ziel von BR 50.

Lassen Sie mich zu dem Punkt kommen, der hier eigentlich ansteht, nämlich das Berliner Hochschulgesetz. Da wir sehr intensiv mit den Universitäten zusammenarbeiten wollen und das in den vergangenen Jahren auch immer wieder getan haben, ist für uns einer der wesentlichen Punkte die gemeinsamen Berufungen. Es gibt das Berliner Modell der gemeinsamen Berufungen von außeruniversitären und universitären Einrichtungen und das Jülicher Modell. Beides stockt aber, weil die Versorgungslasten, die im Land Berlin bei den Universitäten liegen, sehr hoch sind und bei den Universitäten einen wesentlichen finanziellen Faktor darstellen. Deshalb haben die schon vor einiger Zeit gesagt, dass es wichtig wäre, um Berlin dorthin zu bringen, wo andere Bundesländer und Standorte bereits sind, dass die Versorgungslasten zumindest der S-Professuren oder auch der Professuren vom Land Berlin übernommen würden. Das wäre ein wichtiger Schritt, die Konkurrenzfähigkeit gegenüber anderen Bundesländern zu stärken.

In diesen Bundesländern sind gemeinsame Berufungen oft leichter möglich. Wir müssen vermeiden, dass wir als außeruniversitäre Einrichtungen in andere Bundesländer gehen, sondern wir sollten mit den Berliner Universitäten zusammen berufen. Man kann sehen, dass zum Beispiel im Land Brandenburg in Potsdam gemeinsame Berufungen einfacher sind, weil die Pensionslasten, die Versorgungsleistungen der Professuren beim Land Brandenburg liegen. Wir sollten aber versuchen, unsere Forschungslandschaft in Berlin mit den Berliner Universitäten weiterzuentwickeln. Ich möchte dazu auch noch sagen, dass das Professorenmodell in Deutschland ein ganz wichtiger Faktor ist, um hochkarätige Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus dem Ausland nach Berlin oder überhaupt nach Deutschland zu ziehen. Die Professur nach deutschem Vorbild zieht nach wie vor; das ist nach wie vor ein ganz wichtiges Element. Das ist ein wichtiges Sogmittel, um wirklich hochqualifizierte Leute nach Berlin zu ziehen.

Ein zweiter Punkt, der mir sehr wichtig wäre, ist, dass das Berliner Hochschulgesetz weiterhin sehr flexibel bleiben und Möglichkeiten offen lassen sollte, um auf Entwicklungen und neue Tendenzen reagieren zu können. Sie hatten gerade gesagt, dass wir mehr wissenschaftlichen Mittelbau brauchen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Ich habe das in diesem Ausschuss schon einmal gesagt, dass wir als Außeruniversitäre zusammen mit den Universitäten neue Modelle entwickeln müssen, wie wir Karriereentwicklungen in den Hochschulen und im Wissenschaftsbetrieb gestalten können. Die befristeten Verträge sind dabei ein ganz wichtiger Punkt, aber auch längerfristige Perspektiven für junge Leute zu entwickeln ist ein ganz wichtiger Punkt. Auch wir Außeruniversitären wollen mit den Universitäten zusammen neue Modelle entwickeln, zum Beispiel Tenure-Track-Optionen für junge Forscher und Forscherinnen, die wir nach Berlin holen, die sich hier weiterentwickeln können. In der Berliner Forschungslandschaft sollten wir uns als eine Landschaft verstehen, die jungen Leuten eine Möglichkeit gibt, sich zu entwickeln, sich auch zu etablieren. Das bedeutet dann auch Tenure-Track-

Optionen, also Festanstellung. Dazu müssen wir neue Modelle entwickeln. Zwischen Universitäten und Außeruniversitären wäre das, glaube ich, sehr gut. Deshalb würden wir uns als Außeruniversitäre auch wünschen, dass es gemeinsame Gremien gibt, wo man sich zwischen außeruniversitären Einrichtungen und Universitäten über strategische und thematische Entwicklungen abstimmen kann. Deshalb ein flexibles Berliner Hochschulgesetz, bei dem man auf solche Entwicklungen Rücksicht nehmen und darauf eingehen kann.

Ein dritter und letzter Punkt, den ich noch habe: Die Verbindungen zur Wirtschaft sind sehr wichtig. Die Entwicklung in vielen Bereichen der Hochschulen und der Außeruniversitären trägt sehr dazu bei, dass wir innerhalb dieser Stadt ein hohes Innovationspotenzial haben. Wir haben viele Startup Companies, und wir sollten daran denken, dass wir das weiterentwickeln können, weil viele der jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und der jungen Doktorandinnen und Doktoranten die Tendenz haben, dass sie ausgründen wollen. Die wollen auch in die Wirtschaft gehen. Die Trennung zwischen Academia und eigener Forschung und Unternehmen, die ausgegründet werden sollen, ist heute lange nicht mehr so strikt. Wir sollten eine Durchlässigkeit zwischen den beiden Bereichen erlauben. Berlin könnte hier eine Vorreiterrolle einnehmen. Das ist etwas, was unbedingt in der Diskussion in der nächsten Zeit berücksichtigt werden sollte. Wir brauchen diese Innovation; wir brauchen diese jungen Menschen, die sich für die Stadt und Ausgründungen engagieren. Das wäre mir ein großes Anliegen. Damit möchte ich mich schon für die Aufmerksamkeit bedanken!

Vorsitzende Franziska Brychcy: Vielen Dank! – Frau Trommsdorf, Sie haben das Wort!

Sandra Trommsdorf (IHK): Ganz herzlichen Dank! – Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Staatssekretärin Naghipour und Frau Staatssekretärin Borkamp! Sehr geehrte Abgeordnete!



AUSSCHUSS FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG

Hochschulverträge: Innovationsdynamik, Transfer und Fachkräftesicherung stärken



Anhörung - 9. Januar 2023



Herzlichen Dank für die Einladung! Ich knüpfe direkt an das an, was Prof. Dr. Sommer genannt hat, nämlich das Thema Verbindung zur Wirtschaft.



AUSSCHUSS FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG

Politischen Handlungsrahmen neu ordnen



Politische Steuerungsimpulse für starken Wissenschaftsstandort

- Ziele, Strukturen und Verantwortlichkeiten klar benennen
- Passende Incentivierungen
- Absolventen-Verbleibstudie erstellen
- KMK-Vorsitz 2023 Bildung & Wissenschaft nutzen



Potenziale für mehr Innovationsdynamik und
Fachkräftesicherung | 09.01.2023

Seite 2

Berlin braucht aus unserer Sicht eine starke Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, sei es für die digitale Transformation, die Energie-/Klimawende, die Mobilitätswende oder auch für ein zukunftsfähiges Gesundheitswesen hier am Standort Berlin. Die Zahl innovationsaktiver Unternehmen ist aber rückläufig und insbesondere kleine und mittlere Unternehmen – KMU – betrifft dies ganz besonders. Eine steigende Innovationsaktivität verzeichnen insbesondere Unternehmen mit mehr als 1 000 Mitarbeitenden. Der krisenbedingte Einbruch, der Wachstumstreiber hier in Berlin, erfordert aus unserer Sicht eine Orientierung auf ein breiteres Branchenprofil und die Hebung technologienaher Wertschöpfungspotenziale.


Die Angebotslücke von akademisch qualifizierten Fachkräften wächst über alle Wirtschaftszweige hinweg. Die Hochschulverträge an dieser Stelle zu stärken, zu nutzen und für den Transfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu stärken, ist aus unserer Sicht ganz entscheidend. Aus Wirtschaftssicht haben wir den Fokus insbesondere auf drei Dinge: einen besseren Steuerungsrahmen, mehr Anreize für Transfer über die Hochschulverträge zu setzen und auch echte finanzielle Anreize für Transfer zu schaffen und, dritter Punkt, mehr Ausbildung von Lehrkräften und mehr passgenaue duale Studiengänge.

Lassen Sie mich an dieser Stelle die drei Punkte etwas konkreter ausführen. Sie sehen die erste Folie „Politischen Handlungsrahmen neu ordnen“. Was ist uns als Wirtschaft an dieser Stelle wichtig? – Hochschulen brauchen aus unserer Sicht politische Steuerungsimpulse für eine moderne Infrastruktur, für eine zeitgemäße Lehre und Forschung, aber auch für den Transfer. Es müssen Ziele, Strukturen und Verantwortlichkeiten aus unserer Sicht eindeutig benannt werden. Es fehlt aktuell an echten Anreizen. Die Steuerung muss aus unserer Sicht mit passenden Incentivierungen verbunden werden und dabei die jeweiligen Hochschulprofile im Blick haben. Aus Sicht der IHK wäre beispielsweise eine Absolventenverbleibstudie im

Land Berlin sehr sinnvoll, die allen Playern, aber auch der politischen Steuerung helfen würde. Unabdingbar sind Ressourcen für Konsolidierung und Ausbau an vielen Stellen.

AUSSCHUSS FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG

Anreize für Transfer in Hochschulverträgen schaffen



Transfer stärken durch

- Transfer als dritte Säule neben Forschung und Lehre
- Transparenz zu Forschungsschwerpunkten + Ansprechpartner
- Governance: Steuerungsgruppe Ressorts Wissenschaft & Wirtschaft
- Fokus auf KMU und KMU-Büros in Hochschulen
- Anreize Deutschlandstipendien, Abschlussarbeiten + Praktika in U
- Transferscouts etablieren
- Transparenz BUA-Transfer
- Transferstrukturen verstetigen: IFAF Berlin und Science & Start Ups


IHK Berlin

Potenziale für mehr Innovationsdynamik und Fachkräftesicherung | 09.01.2023 Seite 3

Lassen Sie mich verdeutlichen, wie sich aus unserer Sicht der Transfer in den Hochschulverträgen ganz konkret stärken lassen würde. Der erste Punkt ist, dass Transfer als gleichberechtigte dritte Säule neben Lehre und Forschung in den Hochschulen stehen sollte. Aus unserer Sicht ist eine Steuerungsgruppe der Ressorts Wirtschaft und Wissenschaft im Land Berlin für Strategie und Umsetzung sehr sinnvoll. Wir könnten uns KMU-Büros an den Hochschulen, die man einrichten könnte, und Transferscouts an den Hochschulen, die man etablieren könnte, vorstellen, um das Thema Transfer in der Fläche strukturell zu stärken. Wichtig ist, Anreize für Deutschlandstipendien, Abschlussarbeiten und Praktika in den Unternehmen zu setzen, auch das Thema, die institutionenübergreifenden Strukturen für Transfer – ich bringe Ihnen zwei Beispiele: das Institut für Angewandte Wissenschaften – IFAW – Berlin und Science & Startups – zu verstetigen. Wir sind der Meinung, dass mehr Sichtbarkeit für das Transfergeschehen der BUA im Land Berlin hergestellt werden sollte.


AUSSCHUSS FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG

Anreize für Transfer über Hochschulfinanzierung schaffen



Zusätzliches HH-Budget für Transfer und angemessenes Globalbudget

Grundfinanziertes Personal Transfer- und Career-Services und „überwiegend dauerhaftes Personal für derartige Infrastrukturen“



Finanzielle Transfer-Anreize setzen und messen über Indikatorenset, z.B:

- Ausgründungen
- Patentverwertungen
- Anzahl FuE-Projekte
- Transferscouts
- Kooperationen/ Netzwerke/ Veranstaltungen mit KMU
- ...

IHK Berlin


Potenziale für mehr Innovationsdynamik und Fachkräftesicherung | 09.01.2023

Seite 4

Wie lassen sich Anreize für Transfer über die Hochschulverträge setzen? – Wir sind der Auffassung, dass die Hochschulverträge grundfinanziertes Personal für Transfer- und Career-Services gewährleisten, aber auch echte finanzielle Anreize für Hochschulen schaffen sollten, beispielsweise bei positiver Evaluierung. Eine wichtige Weiterentwicklung aus IHK-Sicht wäre, dass die Hochschulverträge ein Indikatorenset für Transfer konkret auch mit KMUs im Land Berlin erhalten sollen. Ein paar Beispiele, wie das gelingen und das Indikatorenset aussehen könnte: Ausgründungen sollten als ein Indikator durch einen zweiten Indikator ergänzt werden, zum Beispiel die Anzahl der Kooperationen, Netzwerke, Veranstaltungen, insbesondere mit KMU, Patentverwertung, die Anzahl von F&E-Projekten, Transferscouts – lassen Sie uns in diese Richtung weiterdenken, wie das Indikatorenset um Transfer und die Messung von Transfer ergänzt werden könnte!


AUSSCHUSS FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG

Mehr Lehrkräfte ausbilden (insb. Berufsschule und W.A.T) und mehr passgenaue duale Studienplätze




Lehrkräftebildung: Mehr institutionelle Schultern und Formate

- Beispiel NRW: Universitäten und HAW kooperieren für mehr Berufsschullehrende
- Stärkere Praxisorientierung, z. B. Pilotprojekt Duales Studium
- Prüfen: Kontingente berufliches Lehramtsstudium für das allgemeinbildende Zweifach



Duale Studienangebote: Ausbau und Flexibilität

- Zusätzliche Studienplätze finanzieren
- KMU- und Branchenbedarfe besser decken, z. B. durch duales Verbundstudium, duale Master und ausbildungsintegrierende Studienangebote

 IHK Berlin

Potenziale für mehr Innovationsdynamik und Fachkräftesicherung | 09.01.2023 Seite 5

Ich komme zum dritten Punkt, mehr Lehrkräfte ausbilden, insbesondere für den Bereich der Berufsschulen im Land Berlin und für das Fach Wirtschaft, Arbeit, Technik in den allgemeinbildenden Schulen, wo wir aus unserer Sicht einen enormen Mangel haben. Wir brauchen dringend mehr Lehrkräfte in den beruflichen Schulen. Die Lehrkräftebildung sollte aus unserer Sicht auf mehr institutionelle Schultern verteilt werden. Man sollte über neue Formate und Studienangebote für eine stärkere Praxisorientierung nachdenken. Ich gebe Ihnen ein Beispiel aus NRW: Dort kooperieren Universitäten und HAWs für mehr Berufsschullehrkräfte. Da könnte Berlin einen Blick hinwagen. Wir halten ein Pilotprojekt Duales Studium für Lehrkräfte nach wie vor für sehr gut.

Zusätzlich wäre aus unserer Sicht die Prüfung der Kontingente für das berufliche Lehramtsstudium für das allgemeinbildende Zweifach sehr wichtig, eine Baustelle, die derzeit wertvolle Fachkräfte kostet. Die Roadmap Duales Studium empfiehlt einen deutlichen Ausbau dualer Studienplätze. Das teilen wir, auch weil Berlin nur im bundesweiten Mittelfeld liegt. Hier sollte die Finanzierung ausgebaut werden. Mehr Studienplätze alleine genügen aber nicht, um aufzuholen. Es gilt auch die Branchenbedarfe zum Beispiel im Bereich IT oder auch Bau schneller zu decken, flexibel als Hochschule reagieren zu können und die Rahmenbedingungen und Ressourcen für passende Reaktionen zu haben. Ich nenne drei Beispiele: Ein duales Studium im Verbund mit Praxispartnern in Anlehnung an eine Verbundausbildung im Bereich der beruflich qualifizierten dualen Ausbildung, duale Masterangebote und ausbildungsintegrierte Studienangebote. Das waren die Punkte, die der Berliner Wirtschaft insbesondere wichtig sind.

Mein Angebot zum Schluss ist, dass wir als IHK Berlin gerne Kooperationspartnerin für die Hochschulen, aber auch für die Politik sind. Wir sind gerade dabei, Kooperationsverträge mit den Hochschulen im Land Berlin zu Transfer und Themen der Fachkräftesicherung zu unterstützen. Das ist unser Angebot. Lassen Sie uns an dieser Stelle die Hochschulverträge nutzen, um die genannten Themen zu stärken! – Herzlichen Dank!

Vorsitzende Franziska Brychcy: Vielen herzlichen Dank an die Anzuhörenden! – Dann kommen wir in die Aussprache. – Herr Schulze!

Tobias Schulze (LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank für Ihre Stellungnahme! Es ist ein bisschen bedauerlich; einige Anzuhörende, die wir eingeladen haben, konnten heute nicht, beispielsweise die Umweltverbände. Wir haben eine Debatte über Nachhaltigkeit als Großziel in der Forschung und Wissenschaft insgesamt. Dazu hätten wir uns ein paar Aussagen gewünscht. Das müssen wir dann, glaube ich, in anderen Formaten als dieser Anhörung nachholen. Trotzdem sind schon viele Dinge bei Ihnen deutlich geworden, die die Herausforderungen sind. Eine der großen Fragen wird die stärkere Integration des Wissenschaftssystems in Berlin sein. Herr Dr. Prof. Sommer und Frau Regulin haben von der Überwindung der Versäulung gesprochen, von mehr Kooperation in diesem Bereich. Ich sage mal, dass in Zeiten, wo es vielleicht enger wird, die Frage, wie sich das Gesamtsystem stärker zusammenschließt, um Synergien zu entwickeln – das betrifft von den HAWs, über die Universitäten bis zur außeruniversitären Forschung und Hochschulmedizin alle Säulen –, die Kernfragen im Land sind, wie wir das stärker zusammenbekommen, wie wir Berlin als großen Standort auch international sichtbar bekommen. Dafür war die BUA eigentlich mal gegründet worden. Ich fürchte, diese Funktion füllt sie noch nicht so richtig, aber sie kann eine gute Rolle spielen, wenn man es vernünftig ausgestaltet. Auch das wird eine Frage sein, die wir in diesen Hochschulvertragsverhandlungen zu klären haben. Wie rücken die Hochschulen enger zusammen, auch mit den anderen Kooperationspartnern, um international und bundesweit ausstrahlungsfähig zu sein und um das auch funktional zu machen? Dabei muss auch etwas rauskommen. Man braucht es nicht um der Sache selbst willen, sondern damit Forschung und Lehre besser werden und neue Themen erschlossen werden können, gerade interdisziplinär. Vielleicht können Sie zu diesem Thema aus Ihrer Sicht etwas sagen, wie wir das besser angehen, wie vielleicht auch Hürden für Kooperation überwunden werden können, die im Moment noch bestehen; Herr Prof. Dr. Sommer hat einiges genannt. Ich schätze aber, dass es auch ein bisschen um Institutionsegoismen geht, die überwunden werden müssen, damit man an der einen oder anderen Stelle stärker zusammenarbeiten kann. Berlin als großen internationalen Standort sichtbar zu machen, sollten wir gemeinsam voranbringen.

Die Frage der Pensionslasten haben Sie angesprochen. Es ist in der Tat ein wichtiges Thema, dass wir möglicherweise die Pensionslasten von den Hochschulen wegbekommen. Das wäre auch eine Entlastungsmöglichkeit in diesen finanziell schwierigen Zeiten, wo man an anderen Stellen Energiekosten, steigende Baukosten gegenrechnen kann. Da müsste man auch in Richtung des Senats schauen, wie es damit weitergeht.

Ich hätte noch eine Frage zu den Hochschulen für Angewandte Wissenschaften; vielleicht können Sie alle drei etwas dazu sagen. Sie sind in den Debatten immer ein bisschen unterbeleuchtet. Wir haben einen großen Sektor der Hochschulen für Angewandte Wissenschaften in Berlin; wir haben auch einen forschungsstarken Sektor. Sie übernehmen einen Großteil der Ausbildung in unserer Stadt für die Bedarfe. Sie laufen aber immer so ein bisschen, wenn wir über den Wissenschaftsstandort reden, als fünftes Rad am Wagen. Sie sind selten in Kooperationsprojekten dabei, sie sind bei der Einstein-Stiftung nicht antragsberechtigt und ähnliche Geschichten. Sollten wir diesen Sektor nicht stärker wahrnehmen und auch stärker, wenn wir über die Integration des Wissenschaftssystems reden, auch in diesem Bereich stärker Kooperationen anschieben? Sie haben das Promotionsrecht bekommen, sie werden in den nächsten

Jahren eine Verwissenschaftlichung hinlegen, sie haben einen Mittelbau bekommen und sind vielleicht auch attraktiver. Das IFAW ist ein mögliches Instrument; das hatte Frau Trommsdorf angesprochen.

Der dritte Punkt, den ich anmerken möchte, ist das Thema Ausgründungen und Transfer. Das hatten Sie alle drei angemerkt. Wir hatten, als wir mit dem Ausschuss in Helsinki waren, gesehen, wie das funktionieren kann, nämlich dass man, wenn man als Studierender an eine Universität oder eine Hochschule geht, gar nicht weiß, ob man zum Schluss mit einem Dokortitel, mit einer Firma oder sogar mit beidem rausgeht. Diese Offenheit, Dinge anzuschieben – übrigens auch im öffentlichen Sektor, es geht ja nicht nur um die private Wirtschaft, es geht auch um Kooperation und Transfer in den öffentlichen Bereich –, wünsche ich mir noch mehr. Vielleicht können Sie aus Ihrer Sicht sagen, was dafür notwendig wäre. Brauchen Sie dafür mehr Ressourcen? Brauchen Sie dafür in den Universitäten und Hochschulen ein anderes Klima? Brauchen Sie andere Incentives – dazu hatte Frau Trommsdorf etwas gesagt –, auch finanzieller Art? Muss das Thema Transfer einfach stärker gewichtet werden, dass da eine Kultur entsteht: Wir wollen nicht nur Wissen erarbeiten, wir wollen mit dem Wissen auch schon etwas anfangen. –? Das wären meine Fragen. – Ansonsten vielen Dank für die spannenden Hinweise und Ideen!

Vielleicht noch eine Bemerkung zum Schluss: Wir haben einen Riesenfachkräftemangel, und ich will noch einmal für uns sagen: Die Fachkräfteausbildung ist die edelste Aufgabe, die die Hochschulen in unserer Stadt haben und worauf sie im Moment ein starkes Augenmerk legen sollten. Wir haben diese Riesenbedarfe, und die Menschen fehlen uns nicht nur im Lehrkräftebereich, sondern in allen möglichen Bereichen. Ich sage mal, die Fachkräfteausbildung ist die Pflicht, und alles andere ist die Kür. – Danke schön!

Vorsitzende Franziska Brychcy: Danke! – Als Nächste ist Frau Dr. Czyborra an der Reihe.

Dr. Ina Maria Czyborra (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank an die Anzuhörenden! Frau Regulin erwähnte die Konkurrenz um Fachkräfte zwischen den Hochschulen. Ich denke aber, dass das Thema noch ein bisschen größer ist, denn die Hochschulen insgesamt konkurrieren mit allen anderen Bereichen – der öffentlichen Hand, den Unternehmen usw. Da haben sie nicht immer die allerbesten Voraussetzungen, um Fachkräfte zu bekommen. Wenn ich alleine an den Lehrkräftebereich denke: Ob ich eine akademische Karriere anstrebe, um zukünftig Lehrkräfte auszubilden oder direkt in die Schule gehe, dann sind doch zumindest die finanziellen Anreize und die Frage der Karrieresicherheit an der Schule deutlich besser als an den Hochschulen. Da haben wir im Mittelbau immer noch viele Stellen, die nur mit 65 Prozent dotiert sind, befristet sind usw.

Ich glaube, gerade da müssen wir uns Gedanken machen, welche Aufgabe der akademische Mittelbau eigentlich über die Frage eines Karriereboosters für den Einzelnen hinaus hat. Wir hatten bei der Einführung des Mittelbaus an den HAWs tatsächlich das Ziel, dort Strukturen zu stärken, zum Beispiel im Bereich Transfer, Drittmitteleinwerbung und in vielen strukturellen Bereichen und hatten nicht so sehr die Lehre im Fokus. Das ist, glaube ich, eine wichtige Sache: Welche Aufgaben hat der Mittelbau? Unter welchen Bedingungen kann das erfüllt werden? Wir müssen sehen, dass wir in den Hochschulen nicht nur um Fachkräfte im Bereich Mittelbau konkurrieren, sondern mittlerweile auch massiv um die Studierenden.

Wir haben deutlich kleinere Alterskohorten, wir haben sicherlich auch Effekte durch Coronafolgen bei den jungen Menschen, was die Studiums- und Berufsorientierung angeht, wir haben auch Verzögerungen, aber insgesamt haben wir sehr kleine Kohorten, und die Frage ist, wie wir die jungen Menschen dazu bekommen, nicht nur befähigt zu sein, ein Studium zu ergreifen – wir können viele Studienplätze aufbauen, aber wenn wir die Bewerber und Bewerberinnen nicht haben, oder die Bewerber und Bewerberinnen nicht passen, wie es gerade über Polizeistudierende zu lesen war, haben wir ein Problem –, sondern auch, dass wir schauen müssen, wie der Weg in die Hochschulen hineingeht und wie wir das gemeinsam noch besser hinbekommen können. Wir konkurrieren eben auch um Studierende, und wir haben hier eine Riesenaufgabe, die nicht zu verlieren, bzw. sie erst einmal nach Berlin und an unsere Hochschulen zu locken. Das ist auch eine interessante Frage in Bezug auf die IHK, was wir noch im Bereich der Berufsorientierung machen können, aber auch in Richtung der Finanzverwaltung und des Senats. Haben wir eigentlich eine Vorstellung davon, wie viele junge Menschen wir brauchen, und wie wir sie dazu motivieren, diese so notwendigen Berufe zu ergreifen? Ich glaube, auch da müssen wir uns mal zusammensetzen und das gemeinsam zusammendenken.

Jetzt noch zu ein paar Details, die Versorgungslasten: Wir haben einige Besonderheiten in Berlin, die auch eine Folge der harten Sparjahre sind. Dazu gehört, glaube ich, auch diese Besonderheit der Pensions- oder Versorgungslasten bei den Hochschulen. Das ist eine Behinderung in der Zusammenarbeit, das ist ein Standortnachteil. Wir haben an vielen anderen Punkten die nicht zielführenden Folgen dieser Jahre beseitigt. Wir sollten hier wirklich ernsthaft darüber nachdenken, ob wir da eine Flurbereinigung hinbekommen – bei anderen Punkten sind wir unter dem Druck der anderen 15 Bundesländer zum Beispiel auch zur Verbeamtung zurückgekehrt – und ob wir nicht auch hier sagen, dass wir wieder zu dem zurückkehren, was woanders üblich ist. Da würde mich auch noch interessieren, inwieweit wir noch Hinderungen im Bereich der Finanzen abbauen können, also im Bereich von Kooperationen von Institutionen, die aus verschiedenen Töpfen finanziert sind, Bund, Land usw. Gibt es da noch Dinge, wo wir vielleicht auch Regelungen schaffen können, die Kooperationen leichter machen?

Ich habe schon gesagt, dass wir beim Mittelbau noch einmal darüber nachdenken müssen, welche Funktion der Mittelbau in Zukunft haben soll und wie wir ihn ausgestalten müssen, dass es funktioniert.

Es wurden gemeinsame Gremien angesprochen. Wir hatten früher so etwas wie Landes-Hochschul-Strukturkommissionen im Gesetz. Das hat nie getagt, das hat nicht funktioniert. Wir haben das abgeschafft, aber wir haben uns auch bei der BerlHG-Novellierung sehr intensiv darüber Gedanken gemacht, wie wir es schaffen, dass die Stadt gemeinsam darüber diskutiert, wie es weitergehen soll und wo diese gemeinsamen strategischen Überlegungen stattfinden. Ein bisschen ist das ein Punkt, den wir brauchen. Wir wollten, dass viel breiter diskutiert wird und nicht nur hinter verschlossenen Türen, sondern dass verschiedenste Akteure in der Stadt ihre Vorstellungen und Bedarfe einbringen und anmelden können, aber natürlich auch darüber reden, wie viel es uns am Ende des Tages wert ist. Forderungen stellen können wir viel, wir müssen aber auch immer darüber reden, wie es finanziert wird, und auf welcher Finanzgrundlage so eine Stadt oder auch der Bund etwas leisten kann. Da haben wir im Augenblick so ein paar Probleme.

Herr Wiarda hat in seinem Neujahrsblog bezweifelt, ob Deutschland überhaupt noch Innovationsfähigkeit beweisen möchte und insgesamt bereit ist, die notwendigen Ressourcen dafür bereitzustellen. Da sind so Fragen des Transfers wie auch das Stichwort DATI, aber insgesamt verschiedene Fragen der Finanzierung von Wissenschaft und Forschung bundesweit.

Damit kommen wir zum nächsten Thema Betreuung. Es ging hier mehrfach um Betreuung. Ich denke, ausgründungswillige Menschen in den Hochschulen müssen gut betreut werden, damit die Ausgründung Erfolg hat. Wir hatten so etwas wie Science & Startups; da wurde gefordert, besser zu betreuen und bestimmte Stellen zu schaffen. Wir haben schon eine Menge – Profund, die Ausgründungsaktivitäten der Hochschulen, aber auch im Rahmen von BUA so etwas wie Science & Startups als gemeinsame Institution. Wie müsste das anders aussehen, könnten wir uns das vielleicht etwas genauer anschauen?

Es wurde gesagt, dass wir weniger Mikrosteuerung brauchen. Ich glaube, der Kollege von der CDU sagte das. Da sind wir uns im Prinzip einig, aber die Frage ist ja, wie wir die abrechenbaren Ziele, die wir politisch im Rahmen der Hochschulverträge formulieren, in der Hochschulgovernance so umgesetzt kriegen, dass sich nicht einzelne Teile der Hochschulen einen schlanken Fuß machen können und es am Ende keine Konsequenzen hat. Wie steuern wir diese Bedarfe und Ziele, die wir gemeinsam formulieren – nicht nur als Politik, sondern als Stadt, als Wirtschaft, als Forschungslandschaft –? Wie bekommen wir es hin, dass wir das auch so steuern können, dass sie erreicht werden, zum Beispiel im Bereich der Lehrkräftebildung, und dass Ressourcen dort landen, wo sie am meisten gebraucht werden?

Der ganze Bereich der Lehrkräftebildung: Es wurden die Berufsschullehrkräfte erwähnt – lange diskutiertes Thema –, Mangel an Studienbewerberinnen und -bewerbern, insbesondere an der TU Berlin, offensichtlich auch nicht im Fokus junger Menschen als Berufswahl. Da haben wir schon länger die Debatte, ob so etwas an der BHT oder an den HAWs besser aufgehoben sein könnte. Sie haben es kurz erwähnt. Vielleicht kann man das noch einmal etwas stärker ausführen.

Es ging auch noch um die Frage der Fachwahl bei der Lehrkräftebildung. Da wollte ich nachfragen, ob das als ein Plädoyer für die Ein-Fach-Lehre gemeint war, weil wir auch diese Debatte haben, insbesondere für Fächer wie Kunst, Musik usw., oder einfach nur ein Bezug auf eine spätere Wahl oder größere Flexibilität des Zweitfachs. Darüber diskutieren wir auch relativ intensiv, dass sich junge Menschen für ein Lehramtsstudium entscheiden, dann aber unter Umständen am Zweitfach oder überhaupt an der Fächerkombination scheitern, und wie wir das hinbekommen, dass sie mehr Zeit oder bessere Orientierung haben.

Zum Thema Betreuung: Ja, wir haben ein Problem, so wird mir zumindest erzählt. Studierende arbeiten sehr viel und gehen häufig sehr früh während des Studiums schon in Jobs, auch Lehramtsstudierende gehen dann schon in die Schule. Das ist zeitlich aufwendig, das verzögert das Studium, aber es ist auch nicht ausreichend mit dem Studium verzahnt. Ich glaube, eine frühe Berufserfahrung ist auf der einen Seite eine wünschenswerte Sache, aber auf der anderen Seite muss sie betreut werden. Gerade bei der Diversität der Studierendenschaft, die nicht alle aus einem Akademikerhaushalt kommen und von zu Hause viel mitbekommen, müssen wir noch einmal darüber nachdenken, wie wir vielleicht ganz neue Formate der Betreuung finden, die auch gut finanzieren und den jungen Menschen an die Seite stellen, die ihnen helfen, im Studium Fuß zu fassen und sich zu orientieren. – Vielleicht erst einmal so

viel! Das waren mehr Bemerkungen als Fragen, aber vielleicht können Sie trotzdem versuchen, die Fragen herauszudestillieren. Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Brychcy: Danke schön! – Herr Wolf ist jetzt an der Reihe!

Christian Wolf (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank an die Anzuhörenden! Meine Frage bezieht sich auf die Aktivitäten der Gründerzentren, also auch das Thema Ausgründungen aus den Hochschulen. Wir hatten in den vorangegangenen Ausschusssitzungen schon gehört, dass die Kapazitäten, was die Gründerzentren angeht, an den Hochschulen erschöpft sind. Das heißt, dass die voll ausgelastet sind, was sehr schön ist, aber das heißt, dass in der nächsten Finanzierungsrunde dort nachgelegt werden müsste, damit dort entsprechend mehr Mittel vorhanden sind. Da würde ich gerne Ihre Detailkenntnis abfragen, ob Sie diesen Befund teilen, ob Sie auch diese Forderung teilen und ob es eine Option sein kann. Sie sagten: Berlin als Anziehungspunkt für internationale Fachkräfte –; das Thema Gründungszentren auch von anderen Hochschulen, also dass ein EXIST-Stipendiat, der an einer anderen Hochschule studiert hat, gezielt nach Berlin kommt, weil er sagt, dass hier die Stadt zum Gründen ist, denn dafür – das ist meine berufliche Erfahrung und die Aussage von Anzuhörenden aus vorhergehenden Anhörungen – gibt es gar keine Kapazitäten. Die Gründerzentren können eigentlich nur Gründerteams ihrer eigenen Hochschulen aufnehmen und sind gar nicht in der Lage, von anderen Hochschulstandorten oder aus dem Ausland sozusagen Stipendiaten aufzunehmen, die dann gezielt in diesen Gründerzentren unserer Stadt angesiedelt werden, um hier zu gründen. Das würde mich noch einmal interessieren, inwieweit Sie da Möglichkeiten sehen, dieses Feld auch noch zu beackern. – Das wäre es. Danke schön!

Vorsitzende Franziska Brychcy: Danke schön! – Dann ist jetzt Frau Neugebauer an der Reihe.

Laura Neugebauer (GRÜNE): Es wurde jetzt schon viel gesagt. Ich versuche, das nicht alles zu wiederholen. Ich würde an zwei Punkten noch einmal einhaken. Das eine ist das Thema Berufsschullehrerinnen und -lehrer. Mich würde interessieren, wo aus der Perspektive der IHK die geeigneten Bereiche sind, wo Sie sagen, da sollten wir auf jeden Fall beginnen, für die Berufsschullehrerinnen und -lehrer potenziell einen Vorstoß in Richtung der HAWs zu machen. Die Berufsschule bildet doch sehr viel ab, was Berufsschullehrerinnen und -lehrer und die Fächer angeht. Deswegen wäre das der Punkt, wo ich einmal einhaken würde. Können Sie sich in dem Kontext vorstellen, dass als jemand, der eine Berufsschulausbildung durchlaufen hat und Lehrerinnen und Lehrer hatte, die sie in Fächern, die ihren Beruf berührt haben, aber selbst ihren Beruf nie berührt haben, unterrichtet haben – Wo sehen Sie in dem Rahmen Potenziale, dass vielleicht noch einmal eine fachspezifischere Ausbildung für die Lehrerinnen und Lehrer, die später unsere Fachkräfte ausbilden, stattfinden kann?

Der Punkt Stärkung des dualen Studiums im Bachelor und der verbundenen Masterstudiengänge: In welchen Bereichen sehen Sie da im Moment die größten Potenziale? Ich würde in Bezug auf das Lehramtsstudium gern Frau Regulin fragen: Wie bewerten Sie die aktuellen Maßnahmen, die in den Hochschulen stattfinden sollten, in der Umsetzung konkret für die wirkliche Steigerung der Absolventinnen- und Absolventenzahl?

Dann habe ich noch die Frage in Richtung der IHK oder auch generell: Wie betrachten Sie alle Orientierungsstudiengänge wie das MINT-Studium an der TU in ihrer Rolle, Leute dazu zu ermuntern, Studiengänge zu ergreifen, die wir später für die Fachkräfteausbildung brauchen?

Vorsitzende Franziska Brychcy: Danke schön! – Dann haben wir noch Herrn Grasse.

Adrian Grasse (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank an die Anzuhörenden für ihre umfangreichen Ausführungen – alles sehr interessant und wichtig, ich habe auch viel mitgeschrieben. Ich sehe das heute als ersten Auftakt. Der Anhörung müssen noch weitere Anhörungen folgen, insbesondere zu den ganzen Fragestellungen Ausgestaltung der Verträge, Steuerung der Verträge und Sanktionsmechanismen in den Verträgen unter Einhaltung der Autonomie der Hochschulen. Insoweit richtet sich jetzt meine Frage an die Anzuhörenden insbesondere dahin, ob Sie uns Best-Practice-Beispiele aus anderen Bundesländern nennen können, die wir uns hier in Berlin noch einmal genauer anschauen sollten. Herr Prof. Sommer hatte mit Blick auf die Versorgungsleistungen Brandenburg genannt. Ich könnte mir aber vorstellen, dass es noch weitere Themen gibt, nicht nur in Brandenburg, sondern auch aus anderen Bundesländern. Wenn Sie uns da etwas für die weiteren Beratungen reinwerfen können, wäre ich Ihnen sehr dankbar. Es macht ja immer schlauer, auch ein bisschen nach links und rechts zu gucken, was andere so machen.

An den Senat gerichtet habe ich die Frage, ob Sie uns ausführen können, wie der nähere Zeitplan ist. Was sind die nächsten Schritte? Planen Sie Arbeitsgruppen? – Wahrscheinlich ja. Können Sie uns ein bisschen darlegen, was da geplant ist? – Danke schön!

Vorsitzende Franziska Brychcy: Danke! – Dann ist jetzt Herr Trefzer an der Reihe.

Martin Trefzer (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank auch an die Anzuhörenden, dass sie uns hier heute Rede und Antwort stehen. Ich möchte gerne noch zwei Punkte

herausgreifen, die mir besonders erwähnenswert erscheinen, zum einen das Thema gemeinsame Berufung, das Sie angesprochen haben, Herr Prof. Sommer. Ich denke, es herrscht große Übereinstimmung hier in dieser Runde, dass wir die gemeinsamen Berufungen stärken und vor allem vor den Herausforderungen und finanzielle Bedrohungen schützen müssen, die sich jetzt abzeichnen, insbesondere durch die Umsatzsteuerregelung. Das Thema ist jetzt noch einmal zwei Jahre aufgeschoben, aber es kommt unweigerlich auf uns zu.

Deswegen würde ich Sie ganz konkret fragen, Herr Dr. Sommer: Was stellen Sie sich vor, wie könnte da eine Regelung, ein möglicher Ausweg aussehen? Eine Doppelbesteuerung wäre wahrscheinlich endgültig eine Hürde, die die ein oder andere gemeinsame Berufung gänzlich unmöglich machen würde. Ich nehme an, dass auch Ihre Forderung, dass das Land Berlin die Versorgung übernimmt, schon Ausdruck dieser sich abzeichnenden Notlage ist, oder wäre das noch einmal eine verschärfende Imponderabilie? Wie gedenken Sie, dann damit umzugehen? – Spätestens Ende 2024 ist ja, glaube ich, Schluss mit dem jetzigen Modell, und dann müsste man sich die Frage stellen, wie mit dieser Umsatzsteuerpflicht umgegangen werden kann.

Das andere Thema, das ich ansprechen wollte, ist das Thema Transfer, mehr Sichtbarkeit für das Transfergeschehen, so wie Sie es angesprochen haben, Frau Trommsdorf. Ich glaube, da gibt es eine große Übereinstimmung in diesem Hause. Wir hatten bereits in einem Antrag im vergangenen Jahr den Vorschlag gemacht, Transferscouts zu institutionalisieren und auch Transfersemester einzuführen. Das ist aus unterschiedlichen Gründen nicht aufgegriffen worden. Sie haben jetzt sehr konkrete Ideen hier vorgestellt, Sie haben Ihr Koordinatorensatz vorgestellt, bei dem es, glaube ich, wirklich Sinn machen würde, damit zu arbeiten. Meine Frage: Sind Sie da schon in Gesprächen auch mit den Hochschulen zu diesem Thema? Haben Sie das in Zusammenarbeit mit den Hochschulen herausdestilliert? Ist da eine Bereitschaft, auch mit diesen Indikatoren zu arbeiten? Wie sehen die das? Oder betrachten die das als zusätzliche Hürde, wenn man jetzt über all diese Themen reden und Koordinatoren für Kooperationen, F&E-Projekte und -Veranstaltungen und so weiter aufstellen müsste?

In dem Zusammenhang die Frage direkt an den Senat: Wie sieht es aus? Plant der Senat, dieses Thema Koordinatoren/Transfergeschehen zum Gegenstand der Gespräche mit den Hochschulen zu machen? Gibt es da schon einen Ansatz? Wie bewerten Sie diese Aspekte, die Frau Trommsdorf hier vorgestellt hat? Wie ist der Weg in diese Richtung? – Das wären meine beiden Fragen. Danke schön!

Vorsitzende Franziska Brychcy: Dann hat sich jetzt Herr Schulze noch einmal gemeldet, dann würde der Senat Stellung nehmen, und dann kommen wir in die Antwortrunde – damit Sie ungefähr Bescheid wissen, wann Sie dran sind. – Herr Schulze!

Tobias Schulze (LINKE): Danke schön! – Ich hatte vergessen, den Senat noch zu adressieren. Wenn der gar nicht adressiert wird – mittlerweile war es so –, wäre es auch schade. An die Wissenschaftsstaatssekretärin Frau Naghipour hätte ich zwei Fragen, zum einen: Wie schätzen Sie das Potenzial für eine stärkere Integration, vielleicht auch über die BUA, und die Überwindung der Versäulung ein, also eine internationale Aufstellung Berlins als großer integrierter Wissenschaftsstandort, der dann auch entsprechend sichtbar ist und nicht mehr so kleinteilig nach außen und nach innen agiert, wie das jetzt zum Teil der Fall ist? Wie sehen Sie da die Möglichkeit mit den Hochschulverträgen? Der zweite Punkt betrifft die Umsetzung

des Berliner Hochschulgesetzes, das heißt, bessere Karrierewege auch für den Mittelbau, was auch international ein wichtiger Punkt ist, um junge Menschen nach Berlin zu bekommen.

An Frau Staatssekretärin Borkamp hätte ich die Frage: Wo sehen Sie die notwendigen Schwerpunkte im Fachkräftebedarf des öffentlichen Sektors und der öffentlichen Verwaltung in Berlin? Wo sollten wir als Haushaltsgesetzgeber mit den Hochschulverträgen besonders investieren? – Danke schön!

Vorsitzende Franziska Brychey: Dann wäre jetzt der Senat an der Reihe. Frau Staatssekretärin Naghipour beginnt, und danach folgt Frau Staatssekretärin Borkamp.

Staatssekretärin Armaghan Naghipour (SenWGPG): Ganz herzlichen Dank! – Ich mache mal den Auftakt und versuche, auf einige der Punkte, die genannt wurden, einzugehen. – Vielen Dank auch an die Anzuhörenden für die sehr wertvollen Hinweise! Ich habe mir viele Notizen gemacht, und wir waren auch an verschiedenen Stellen schon im Gespräch zu den von Ihnen genannten Punkten. Zu dem von auch Herrn Grasse angesprochenen Zeitplan: Der Auftakt – das hatte ich eben im Bericht aus dem Senat dargestellt – ist Ende des Jahres erfolgt. Wir werden in den kommenden Monaten Schritt für Schritt die einzelnen Themen mit den Hochschulen beraten. Ziel ist es, die Verhandlungen etwa Mitte Juni abzuschließen, denn Sie sollen auch genügend Zeit haben, das parlamentarische Verfahren durchführen zu können. Richtig ist auch, dass wir die Beratungen in kleineren Arbeitsgruppen durchführen werden. Im Januar beginnen wir, die meisten Runden werden auch mit mir stattfinden, und es wird einige kleinere Arbeitsgruppen auf Fachebene geben.

Die finanziellen Rahmenbedingungen für die kommenden Verträge, die an verschiedenen Stellen angeklungen sind, sind herausfordernd. Das hat auch die Senatorin an einigen Stellen deutlich gemacht. Wir haben die allseits bekannte Inflation und den wahrscheinlich zu erwartenden höheren Tarifabschluss. Die TV-L-Verhandlungen stehen dieses Jahr an, aber dazu wird die Kollegin vielleicht noch Stellung beziehen. Das heißt, die eigentlich bisher beabsichtigte Steigerung der Vertragszuschüsse um jährlich 3,5 Prozent erscheinen – da sind wir uns alle einig – in einem anderen Licht. Das heißt – um eine weitere Herausforderung aufzugreifen –, dass wir Hochschulvertragsverhandlungen führen, während wir zugleich auch Haushaltsberatungen führen. Das führt dazu, dass wir mit Forderungen in die Haushaltsberatungen gehen. Wir führen aber an dieser Stelle nicht die Haushaltsberatungen, sondern das ist ein Prozess, den wir in den nächsten Monaten gemeinsam angehen werden.

Das heißt, wir schauen – und das ist uns ein sehr großes Anliegen, das hat die Senatorin im Auftaktgespräch im Dezember auch gegenüber den Hochschulleitungen verdeutlicht –, dass wir noch diesen Raum für quantitative und qualitative Weiterentwicklung der Hochschulen sichern können und eben nicht in eine Kürzungsdebatte kommen, umso mehr, als wir 2023 noch Unterstützungsmittel des Landes für die Energiemehrkosten haben und dankenswerterweise eine Überbrückungsfinanzierung zur Verfügung steht, die ab 2024 – aber ich denke, das ist dann auch eine gesamtstädtische Fragestellung – noch einmal zu diskutieren wäre.

Wir werden in den jetzt kommenden Haushaltsberatungen und den Hochschulberatungen auch klären müssen, welche Aufgaben den Hochschulen zukommen sollen, Stichwort zum einen: Straffen der Verträge – dazu komme ich auch gleich –, so ist es auch im Koalitionsvertrag dargelegt, zum anderen aber auch – und das klang eben auch an vielen Stellen durch –

das Sicherstellen einer Bilanzierung, eines Controllings. Da muss man – ich habe mir auch einen der alten Verträge in den letzten Wochen ein bisschen genauer angeschaut – schauen, dass die einzelnen Bestimmungen in den Verträgen auch hinreichend konkret formuliert sind – sage ich jetzt einmal ganz juristisch.

Inhaltlich wollen wir einen Schwerpunkt auf Nachhaltigkeit setzen. Wir wollen auch einen Schwerpunkt – auch das klang nicht nur bei Frau Regulin durch – auf gute Beschäftigungsbedingungen, gute, faire, Arbeitsplätze, setzen, auch auf das Thema Gleichstellung, Diversität, also die Vielfalt Berlins auch in der Wissenschaftslandschaft zu repräsentieren. Im Bereich Gründungen oder Ausgründungen stellen wir das dramatische Ausmaß fest, und geht es auch um das Thema Digitalisierung. In diesen genannten Bereichen gibt es schon in den aktuellen Verträgen einige Regelungen, die wir jetzt überprüfen und weiter voranbringen wollen. Selbstverständlich werden auch die quantitativen und qualitativen Weiterentwicklungen im Bereich Studium und Lehre eine große Bedeutung haben, um eben den Fachkräftebedarf für Berlin zu decken. Das gilt in besonderer Weise für die Lehrkräftebildung. Wir wollen auch strukturelle Innovationen fortschreiben, etwa im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung, für die bereits in den laufenden Verträgen die Basis gelegt wurde. Was die Form angeht, wollen wir wirklich schauen, dass wir – es sind jetzt so um die 40 Seiten – eine Straffung hinbekommen. Die Herausforderung ist aber, dass man die Vorgaben so konkret formuliert, dass ein Controlling möglich ist und die Hochschulen dann auch wissen, was gefordert wird, was festgehalten ist, und möglichst konkrete Zielvereinbarungen formulieren können.

Wir wollen – das klang hier auch an einigen Stellen an – die leistungsorientierte Hochschulfinanzierung einer grundlegenden Revision unterziehen. Das von der LKRP beauftragte Gutachten – das fand hier auch schon Erwähnung – beinhaltet wertvolle Hinweise. Es geht vor allem um eine Reduzierung der Anzahl der Indikatoren. Auch das Modell von festen Vergütungssätzen, also bestimmter Geldbetrag je Studienabschluss, würden wir auf eine Vergütung von relativen Zielerfüllungen umstellen wollen, damit wir dieses Modell verständlicher gestalten können.

Angesprochen wurde zum einen noch einmal die große Frage der Betreuungsproblematik, also die Verknüpfung mit der LVVO und der KapVO. In der LVVO sind wir gerade dabei, die ganzen Anmerkungen, die wir im großen Anhörungsverfahren erhalten haben, auszuwerten. Wir schauen uns das sehr genau an. Uns ist bewusst, dass wir an einigen Stellen gerne noch einmal ins Gespräch gehen können. Wir müssen auch bedenken, dass hier noch eine Verknüpfung mit der Umsetzung des § 110 Abs. 6 BerlHG besteht. Die Modelle, die uns seitens der Universitäten vorgelegt wurden, haben – das habe ich an anderer Stelle auch schon dargelegt – durchaus Auswirkungen auf die Verordnung. Das Ganze ist miteinander verknüpft, und wir werden schauen, dass wir eine kohärente Lösung finden und im Geflecht mit den anderen Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterverordnungen, KapVO, eine Kohärenz herstellen können.

Gemeinsame Berufungen: Ja, auch die Thematik der Versorgungs- und Pensionslasten haben wir auf dem Schirm. Wir haben schon einige Überlegungen angestellt und sind auch im Gespräch mit den Kolleginnen und Kollegen der Finanzverwaltung. Das Thema werden wir selbstverständlich in den nächsten Wochen noch einmal verstärkter aufgreifen.

Beim Thema Ausgründungen und Förderung von Ausgründungen – das hatte ich eben schon angedeutet – stimme ich Ihnen vollkommen zu, Herr Prof. Sommer: Ja, wir brauchen die Innovation, wir brauchen die jungen Menschen. Ein Blick in den alten Vertrag – auch das habe ich eben schon angedeutet – verdeutlicht, dass es auch damals schon – da verknüpfte ich jetzt meinen Zuständigkeitsbereich für die Gleichstellung – ein großes Ziel war, dass man Ausgründungen von Frauen stärker fördert. In der Zwischenzeit ist da nicht so viel passiert. Ich habe es eben schon gesagt, dass die Zahlen wirklich erschreckend sind. Nicht nur dort, sondern auch insgesamt verdeutlicht das noch einmal, dass man in den Verträgen durchaus Konkretisierungen vornehmen kann, damit man die Verbindlichkeit der Regelungen stärkt.

Die Förderung des Transfers – Frau Trommsdorf, herzlichen Dank für die Konkretisierung! –: Da habe ich einen noch bis 2022 geltenden Vergleichsvertrag herangezogen. In der Detailmasse, in der Sie es beschrieben haben, ist es dort im Vertrag nicht geregelt worden. Da haben wir die Herausforderung, wie weit wir in die Detailsteuerung gehen. Wie können wir es dennoch so formulieren, dass es zwar konkret genug ist, aber eben nicht in die Hochschulautonomie eingreift? Dafür, das als dritte Säule neben Forschung und Lehre zu betrachten, können wir große Offenheit zeigen. Herzlichen Dank für das sehr konkrete Set!

Die Frage der Umsatzsteuer ist erst einmal für zwei Jahre aufgeschoben, fällt aber dennoch – Ende 2024 ist Schluss mit dem jetzigen Modell – in die Zeit, in der die Hochschulverträge gelten. Mit der Thematik befassen wir uns in dem Zuge auch. – Vielleicht so weit von meiner Seite, damit die Kollegin Borkamp auch noch Punkte aufgreifen kann! Wenn noch etwas übriggeblieben ist, gern in der nächsten Runde! Danke!

Staatssekretärin Jana Borkamp (SenFin): Guten Morgen auch von mir! – Sie hatten insbesondere nach der Perspektive Landespersonal nachgefragt. Wie sehen die Bedarfe in den nächsten Jahren aus? – Ich würde schon mal einen Ausblick im Hinblick auf unseren sogenannten Engpassbericht geben. Der wird in einigen Wochen in den Senat kommen. „Engpassbericht“ verheißt immer schon nichts Gutes, sondern weist genau auf die konkreten Baustellen hin. Wir versuchen, regelmäßig zu erfassen, welche bedarfsgruppenspezifischen Effekte wir im Land Berlin haben und wo der Mangel in den nächsten Jahren besonders groß ist, um dann unsere Steuerungsmöglichkeiten damit abgleichen zu können.

Wir haben drei Themenbereiche identifiziert, die wir für besonders herausfordernd halten. Das eine ist der ganze Komplex Gesundheit, Soziales, Lehre und Erziehung. Das Zweite sind die eher technischen Bereiche Bau, Architektur, Vermessung und Gebäudetechnik, und das Dritte sind Naturwissenschaft, Geografie und Informatik. Wir haben dabei – das vielleicht zur Einordnung – nur den Kernbereich der Berliner Verwaltung betrachtet. Wenn Sie in den Bereich Soziales schauen, werden Sie sehen, dass die Träger der sozialen Wohlfahrtshilfe, freie Kitaträger und, und, und ähnliche Baustellen und Probleme haben. Deren Bedarfe haben wir hier nicht mitabgebildet. Gleichwohl müssen die für diese Stadt auch gedeckt sein, damit wir insgesamt ein gutes Netz der Daseinsvorsorge anbieten können.

Als ich vor einigen Jahren in die Berliner Verwaltung gekommen bin, hieß es immer: Die demografische Welle kommt. Ich würde sagen: Jetzt sind wir mittendrin. Wir stehen seit ein, zwei Jahren schon vor der Herausforderung, dass wir pro Jahr rund 3 000 bis 5 000 Stellen nachbesetzen müssen. Da sind noch keine zusätzlichen Stellen, zusätzliche Bedarfe, zusätzlichen Aufgaben mit dabei, sondern es ist der reine Ersatz des Bestandes in den Hauptverwal-

tungen und in den Bezirken. Ich nenne Ihnen jetzt einfach nur ein paar Punkte. Wenn der Engpassbericht kommt, können Sie das dann in aller Tiefe und Analyse noch einmal nachlesen. Wir haben geschaut: Wie hoch ist die Anzahl der altersbedingt ausscheidenden Beschäftigten bis 2027? Das heißt, wenn wir da nachsteuern wollen, dann müssen die Leute jetzt schon im Studium sein oder frisch anfangen – nur so zur Einschätzung. Da haben wir eine Ausscheidensrate – das ist mit der größte Block – von rund 32 Prozent bei unseren Lehrkräften. Das sind fast 10 000 Beschäftigte. Im allgemeinen Verwaltungsdienst steigen knapp 5 500 Leute aus, im Polizeivollzugsdienst ist es ähnlich. Bei den Erzieherinnen sind wir bei knapp 1 700, bei Sozialarbeitern über 1 000, im Justizdienst fast 1 000, im Feuerwehrdienst fast 1 000, bei Ingenieurinnen und Ingenieuren, von denen wir in Zukunft noch einige mehr brauchen werden, wenn wir die ganzen Infrastrukturprojekte umsetzen wollen, sind es knapp 700, bei den IKT-Fachkräften, von denen wir zukünftig auch noch mehr brauchen, gehen 290 in Pension oder Rente, bei Ärztinnen und Ärzte sind es knapp 120, wobei wir da auch schon die Herausforderung haben, den Bestand nachzubersetzen. Danach wird es etwas überschaubarer.

Das bedeutet aber im Grunde, dass Berlin in allen Bereichen und in allen Querschnittsfeldern Personal braucht. Deswegen sind wir als Land Berlin hauptsächlich mit den Fachhochschulen im Dialog, was duale Studiengänge angeht – sowohl die Hauptverwaltung als auch die Bezirke. Hier ist sicherlich ein Ziel für die nächsten Jahre, in eine Konsolidierung zu gehen, sodass wir ein einheitliches Konzept für Angebote dualer Studiengänge haben, um die verschiedensten Schwerpunkte abzubilden, und die Bezirke, die sich in den vergangenen Jahren auch ein bisschen aus der Not heraus alleine auf den Weg gemacht haben, zu unterstützen. Das Thema Lehrer ist ein großer Schwerpunkt, wo wir hoffen, dass wir über die Verbeamtung der Lehrkräfte noch einmal Anreize setzen, dass die Absolventinnen und Absolventen bei uns bleiben. Gleichwohl – ich glaube, das war der Punkt mit den Sonderfinanzierungen, die wir hatten – brauchen wir noch mehr Absolventinnen und Absolventen, sodass hier sicherlich erhöhte Anstrengungen erforderlich sind.

Ein Punkt, der hier angesprochen wurde und der für uns auch ein wichtiger Aspekt ist, ist das Thema Verzahnung von Ausbildung und Praxis beziehungsweise auch Praxisphasen in möglichen zukünftigen Arbeitsgebieten. Wenn man nach fünf Jahren Studium die Wahl zwischen Start-up und Verwaltung hat, dann ist das meistens so ein bisschen von Bildern und weniger von den realen Erfahrungen geprägt. Wir haben dieses Jahr einen Karrierebus durch das Land Berlin geschickt, standen auch viel vor Hochschulen und haben festgestellt: Viele Studentinnen und Studenten wissen gar nicht, welche Tätigkeitsfelder und welche Karrieremöglichkeiten es in der Verwaltung gibt, sodass wir auch hier in den nächsten Jahren noch vermehrt Aufklärungsarbeit werden leisten müssen, aber sicherlich auch Konstrukte brauchen – und da bin ich, ehrlich gesagt, auch ein Fan von dualen Studiengängen oder Praxisprojekten, Kooperationen mit Hochschulen –, die die Möglichkeit geben, Erfahrungen zu machen: Was bedeutet das konkrete Arbeiten dort vor Ort? – Ich denke, die Aussagen der IHK gingen in eine ähnliche Richtung. Was sind die Erfahrungen und Erwartungen, die man in der Wirtschaft hat? –, damit man nicht nur in der Theorie lernt, sondern dann auch anwenden kann und nicht völlig enttäuscht wieder von dannen geht und sagt: Das habe ich mir aber ganz anders vorgestellt.

Ich glaube, insgesamt werden wir – Frau Staatssekretärin Naghipour hat es angesprochen – sowohl im Rahmen der Haushaltsberatungen als auch in den Verhandlungen zu den Hoch-

schulverträgen die Herausforderung haben, dass wir auf der einen Seite mehr Unsicherheiten und auch mehr Anforderungen von außen haben werden, die Anforderung, schneller auf bestimmte Entwicklungen reagieren zu müssen – Energiekosten, Corona in der Vergangenheit; wir sind gespannt, was in der Zukunft kommt – und auf der anderen Seite auch den Beschäftigten eine Absicherung zu bieten. Das ist im ersten Schritt erst einmal ein Zielkonflikt, wo es schlaue Lösungen braucht, um diesen aufzubrechen, vielleicht auch ein bisschen Denken über den Tellerrand hinaus, damit man sowohl Beschäftigte absichern kann, aber nicht in einer gewissen Stagnation endet, sondern reagieren kann.

Ich glaube, das Land Berlin ist im Rahmen sowohl von Corona als auch der Energiekrise einen ganz guten Weg gegangen zu sagen: Zusätzliche Belastungen versuchen wir, von außen für das ganze Land, für die Verwaltung, aber auch die Wohlfahrtsträger in dem Maße, in dem wir uns das wirtschaftlich erlauben können, abzupuffern, um die Spielräume der einzelnen Politikfelder und Bereiche zu erhalten. Ich glaube, das wird auch so ein bisschen der Blick sein, mit dem wir auf diese Beratungen sowohl im Haushalt als auch bei den Hochschulverträgen schauen, um zu sehen: Was kann wer im jeweiligen Bereich steuern und verantworten? Wo sind aber auch noch Möglichkeiten, Synergien und Flexibilität zu schaffen, wo Dinge jetzt vielleicht nicht so optimal laufen und man umsteuern kann, statt nebenbei noch was Neues zu schaffen? Ich glaube, das wird der Prozess der nächsten Monate. Sicherlich werden wir da auch gucken, wie die Bedarfe des Landes sind, was Personal angeht. Da stehen die Lehrerinnen und Lehrer an erster Stelle, aber sie sind nicht die einzigen.

Letzter Satz, der weniger die Hochschulen tangiert, sondern uns als Land Berlin. Es ist auch wichtig, dass wir in allen Politikfeldern, in allen Senatsverwaltungen, Bezirken und nachgeordneten Behörden ein attraktiver, guter Arbeitgeber sind, wo die Menschen sich wohlfühlen. Das ist das nächste Thema, an dem wir als Finanzverwaltung mit den Bezirken und den anderen Senatsverwaltungen arbeiten. – So viel erst mal von meiner Seite.

Vorsitzende Franziska Brychcy: Vielen Dank an den Senat! – Dann würden wir jetzt zur Antwortrunde kommen und wieder in der gleichen Reihenfolge vorgehen, also erst Frau Regulin, dann Herr Prof. Dr. Sommer und dann Frau Trommsdorf. – Frau Regulin, Sie haben das Wort!

Martina Regulin (GEW): Herzlichen Dank! – Wir haben jetzt in der Diskussion und in den Fragestellungen und den Antworten der Senatsverwaltung gesehen: Hochschule ist nicht eindimensional, sondern multidimensional – muss man ja schon sagen. Es ist, glaube ich, gerade in den Hochschulverträgen sehr wichtig, dass wir das immer mitdenken. Multidimensionalität ist wichtig, indem man Transparenz herstellt und genau das, was in den vorigen Hochschulverhandlungen vielleicht etwas schwieriger gelaufen ist, nämlich dieses: So sieht der Vertrag aus. Unterschreibt! – durchbricht und wir jetzt schon darüber diskutieren und miteinander ins Gespräch kommen.

Ich wurde ganz konkret zu den Maßnahmen, die die Hochschulen in Bezug auf die Lehrkräfteausbildung machen, gefragt. Mein Problem dabei ist so ein bisschen, dass man die Zahlen bei den verschiedenen Universitäten insgesamt betrachtet hat. Ich denke, dass die fächerspezifischen Angaben sehr unterschiedlich sind, die gar nicht in dem Bericht drin waren. Von den Zweitfächern will ich jetzt gar nicht reden, weil die dann immer ganz fehlen. Es ist einfach eine Schwierigkeit zu beurteilen, wo Schwächen liegen. Schwächen liegen aber sicherlich daran, dass man viele Menschen hat, die mit einem Studiengang mit dem Ziel Bachelor mit Lehramtsoption beginnen, aber nicht fertig werden. Man weiß nicht, wohin sie gehen. Gehen sie in das Hauptfach, weil sie die Lehramtsoption nur wegen einem geringeren NC gewählt haben – nach dem Motto, ich kann trotzdem machen, was ich möchte, ich will gar kein Lehrer werden, aber ich mache das jetzt einmal und wechsele später –, oder wohin kommen die?

Wir haben viele Maßnahmen, die zu Beginn des Studiums die Studierenden unterstützen sollen, aber gegen Ende beziehungsweise auch in der Mittelphase fehlt ein Teil. Man wird in den ersten zwei, vielleicht drei Semestern sehr betreut mit Mentoring und zusätzlichen Angeboten aufgefangen, dann kommt eine ganz große Lücke, und dann soll man irgendwann die Bachelorarbeit bei einem Professor schreiben. Insofern fehlt da eine bestimmte Betreuung, denn ich denke, dass gerade in den Fachwissenschaften auch die Lehramtsicht, die Brille sozusagen, in der Theorie, was wichtig für die Vermittlung ist, nicht immer von den Menschen aufgesetzt wird. Da muss die Hochschule sicherlich intern etwas machen.

Es ist richtig, bei den Berufsschullehrerinnen und -lehrern fehlen uns die Menschen. Die Möglichkeit, mit den Hochschulen für angewandte Wissenschaften irgendwelche Kooperationen zu machen, ist sicherlich eine Idee. Was man sich auch überlegen könnte, ist, ob man ein Programm, einen Q-Master für Meisterinnen und Meister, macht, die dann wieder in die Schulen zurückkehren beziehungsweise ihren Meister nicht mehr ausüben, sondern einen Lehramtsmaster oben drauf setzen. Das wäre auch noch eine Möglichkeit, Menschen, die nicht mehr aktiv dort arbeiten, als Lehrkräfte zu gewinnen. Die standen alle schon im Beruf.

Zu Bewerberinnen und Bewerbern, die nicht passen: Das ist genau das Problem. Klar hat man im Bachelor Studierende, die sich etwas anderes vorgestellt haben und die dann die Studiengänge wechseln. Das ist völlig normal und beinhaltet die Schwundquoten, die auch bei der Studienplatzbemessung berücksichtigt werden. Es gibt aber in jedem Studiengang immer die Berufsorientierung zu einem gewissen Teil. Da ist es wichtig, dass sich die Berliner Verwaltung noch mehr öffnet und die Möglichkeit hat, Sachen anzubieten, damit die Menschen dann auch kommen – auch die normalen Studierenden, es muss ja gar kein duales Studium sein –, dass diese Angebote in die Universitäten getragen werden.

Eine Outputsteuerung haben wir bei der Lehrkräftebildung in den vorigen Hochschulverträgen gemacht. Das Ziel wurde nicht erreicht. Jetzt ist die Frage, wie viel Mikrosteuerung man machen kann, damit ein Output passiert. Ich weiß, dass die Universitäten sehr gerne ihre Autonomie betonen, aber dann mit der Betonung auf „wie erreichen wir es“, im Prinzip so, wie diese Berichte, die schon eingereicht wurden, aber noch konkreter. Wir geben Geld in die Lehre rein, und wir finanzieren Studienplätze. Dann müssen wir auch gucken, wo die Studierenden bleiben. Eine Verbleibstudie im Sinne davon, wo sie landen – ich weiß nicht. Es gab viele Verbleibstudien, wo es darum ging, wo Studierende ankommen. Ich denke, dass es nicht das Problem ist, dass man keinen Arbeitsplatz findet. Die Frage ist, wie wir die Studierenden gut durch die universitäre Ausbildung, durch ihr Studium, den Bachelor oder den Master,

wenn sie möchten, kriegen. Die Hochschulen für angewandte Wissenschaften haben einen großen Fundus an Menschen, die sie durchbekommen. Ich denke, das ist auch so, weil sie eine andere Art von Studiumspraxis haben, die ihre Studierenden mehr im Klassenverband, mehr zusammenhängend betreut und dadurch vielleicht eine andere Verbindlichkeit mit reinbringt, während man an der Uni manchmal eine Einzelkämpferin, ein Einzelkämpfer ist. Was sehr gut ist, was ich manchmal merke, ist, dass in den Studienprogrammen dann doch sehr kleinteilig geprüft wird und dass die Fragestellung ist, ob das wirklich so sein muss oder man daran nicht noch ein bisschen arbeiten kann. In Bezug auf die Zusammenarbeit ist es genauso: BUA ist nur Universität, da fehlen die Hochschulen für angewandte Wissenschaften auch schon wieder. Sie werden so ein bisschen außen vor gelassen. Die Frage ist, welche Möglichkeiten man hat, sie einzubinden und wie verbindlich man das macht. – Habe ich jetzt alles? Es waren so viele Sachen. Ich glaube, das Wichtigste habe ich gesagt. – Danke schön!

Vorsitzende Franziska Brychey: Danke schön! – Jetzt ist Herr Prof. Dr. Sommer an der Reihe.

Dr. Thomas Sommer (Berlin Research 50): Vielen Dank! – Ich werde mit dem, glaube ich, dicksten Brett beginnen, was wir haben, das sind diese Versorgungslasten für die Professoren, was eine Sonderstellung Berlins innerhalb der Bundesrepublik bedeutet. Ich finde es hervorragend, hier so viel Positives dazu und die Bereitschaft, daran zu arbeiten, zu hören, damit wir den Standort Berlin konkurrenzfähig machen. Ich will aber gleich anmerken, dass dabei noch ein paar Rahmenbedingungen unbedingt eingehalten werden müssen, die auch im Berliner Hochschulgesetz verankert sein sollten.

Wir haben zwei unterschiedliche Modelle, wie gemeinsam berufen werden kann. Einmal ist es das Berliner Modell, wo die Professoren tatsächlich an die Universität berufen werden und die außeruniversitären Einrichtungen dann die Versorgungsleistungen und die Gehälter an die Universitäten überweisen. Das ist dieses steuerlich schwierige Modell, aber es beinhaltet, dass die Berufenen dann integrale Bestandteile der Fakultäten sind und damit auch in den Fakultäten alle Rechte haben. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Wenn also die Außeruniversitären gemeinsame Berufungen machen, dann sollten diese Leute auch an den Fakultäten a) die Lehre und b) die anderen Rechte haben. Dann haben wir eine tatsächliche Verzahnung zwischen außeruniversitären und universitären Einrichtungen. Deshalb ist dieses Berliner Modell meiner Meinung nach immer noch ein sehr gutes Modell.

Das Jülicher Modell, was sehr oft Anwendung findet, ist anders. Da werden die Professoren an den Universitäten berufen, aber sofort beurlaubt, und sie erhalten ihre Gehaltszahlungen dann von den außeruniversitären Einrichtungen. Das geht auch, aber hier muss man von vornherein bedenken, dass man im Gesetz verankert, dass auch hier die Rechte und Pflichten der gemeinsamen Berufungen erhalten bleiben sollten. Jemand hatte gesagt, man sollte auch mal in andere Bundesländer gucken. Das wird dabei sehr unterschiedlich gehandhabt. Ich glaube, wenn wir die Möglichkeit haben, hier neu zu gestalten, dann sollte man unbedingt darauf achten, dass wir auch im Jülicher Modell die Verankerung von Rechten und Pflichten in den Fakultäten in diesem Berliner Hochschulgesetz mit einbauen, weil wir dann das Berliner wie das Jülicher Modell in etwa gleichstellen. Ich glaube, das wäre ein wichtiger Schritt für eine stärkere Verzahnung zwischen außeruniversitär und universitär, BUA und BR 50 zum Beispiel.

Ein weiterer Punkt, der ganz wichtig ist, sind die Kapazitätsverordnungen. Bei gemeinsamen Berufungen muss man genau gucken, dass man über Kapazitätsverordnungen oder irgendwelche Mengenbeschränkungen nicht zusätzliche Fesseln für diese gemeinsamen Berufungen und die Zusammenarbeit zwischen universitär und außeruniversitär anlegt. Das wäre also auch noch eine wichtige Anmerkung dazu.

Sie hatten die Steuerproblematik angesprochen. Die ist sehr unterschiedlich, je nachdem, welches Modell Sie haben. Im Berliner Modell gehen größere Summen – sprich, das gesamte Gehalt und die Versorgungsleistungen – von den Außeruniversitären an die Uni. Das heißt, die Steuerlast ist hierbei sehr viel höher, wenn es tatsächlich zu dieser Umsatzsteuerbesteuerung käme, als im Jülicher Modell, wo nur die Versorgungslasten gezahlt werden und wo nach der Lesart der Steuerbehörden eigentlich kein wirklicher Leistungsaustausch besteht. Diese Umsatzsteuerproblematik ist eine wirklich schwierige Kiste. Allerdings ist sie nicht nur berlinspezifisch, sondern insgesamt spielt sie an allen Standorten, die wir in Deutschland haben, eine Rolle. Wesentlich ist der Unterschied zwischen zum Beispiel München, Heidelberg, Köln, Frankfurt, kleineren Universitätsstandorten wie Tübingen, dass die alle die Möglichkeit haben, dass die gemeinsamen Berufungen funktionieren können, ohne dass diese Versorgungslasten ein wesentlicher Punkt dabei sind. Das sind eigentlich die nationalen Konkurrenzstandorte, mit denen wir um die besten Köpfe kompetieren.

Der zweite Punkt war der Transfer. Als Sie Ihren Vortrag gehalten haben, fiel mir dabei gleich ein Punkt ein: Es dreht sich an der Stelle nicht nur um das Berliner Hochschulgesetz. Transfer ist ein ganz wichtiger Aspekt. Wir können viel tun, um dabei besser zu werden, eine bessere Atmosphäre zu schaffen, und, und, und. Es ist aber nicht nur das Berliner Hochschulgesetz, es sind insgesamt die rechtlichen Rahmenbedingungen im Land Berlin, die wichtig sind, und dass man sie gründerfreundlich gestaltet. Das heißt, dass man Zulassungsverfahren möglichst mit kurzen Bewilligungszeiten belegt, dass man verlässliche Entscheidungsstrukturen innerhalb der Stadt hat. Wenn wir zum Beispiel in Richtung ETH Zürich und die Schweiz gucken, haben die eine unwahrscheinlich hohe Ausgründungsrate. Die Gründer bleiben alle in der Schweiz, weil dort die Rahmenbedingungen so sind, dass man sich gut aufgehoben fühlt, sich von der Politik unterstützt fühlt. Das ist ein wichtiger Schritt, den wir in Berlin, glaube ich, auch gehen müssen. Das ist nicht nur das Berliner Hochschulgesetz, sondern das sind generell die Rahmenbedingungen im Land.

Was wir, Universitäten und Außeruniversitäre tun können, ist: Wir leben alle im Begutachtungsverfahren, immer wird unsere Exzellenz irgendwo begutachtet. Man muss die Kriterien für Transfer mit in diese Begutachtungsverfahren einpflegen, sprich, man darf nicht nur darauf gucken, dass entsprechende Wissenschaftler gute Publikationen oder gute Aufgaben in der Lehre haben, sondern auch im Bereich des Transfers. Ein Patent oder ein Ausgründungsplan mag genauso gut sein wie eine hervorragende Publikation. Das ist etwas, was man bei der Bewertung von Leistungen von jungen Leuten berücksichtigen kann. Wie gesagt, ich glaube, wir haben in der Stadt ganz viele junge Leute, die solche Sachen machen wollen. Wir haben vor allem auch eine hohe Attraktivität, die diese Stadt hat, um junge Leute nach Berlin zu holen. Wenn wir denen diese Rahmenbedingungen geben, dann werden wir sehr viel mehr erreichen können, was Innovation und Transfer angeht.

Vielleicht noch ein Punkt zur Gründeratmosphäre, wenn man in andere Länder, zum Beispiel nach UK schaut, die leider aus der EU rausgefallen sind: Nichtsdestotrotz existiert dort eine

starke Gründeratmosphäre. Es gibt im Rahmen der BUA auch die Oxford University Alliance, das heißt Verbindungen in Richtung Oxford. Man kann von solchen Ländern lernen, und man kann strategische Allianzen eingehen und lernen, wie wir besser werden, um solche Gründeratmosphären im Land Berlin zu unterstützen.

Bei aller Ausgründung möchte ich trotzdem eine Sache nicht vergessen wissen, nämlich dass Grundlagenwissenschaften immer noch die Grundvoraussetzungen sind, um später angewandte Wissenschaften oder Transfer machen zu können. Ein Fokus auf Transfer ist also wichtig, aber wir dürfen die Grundlagen der Wissenschaften dabei nicht vergessen. Es ist viel, was an den Universitäten läuft.

Ein dritter Punkt, den ich noch machen wollte – Frau Czyborra, Sie hatten es, glaube ich, angesprochen –, ist, dass es mal die Versuche gab, strategische Diskussionen zwischen den verschiedenen Einrichtungen ins Leben zu rufen. Das mag gescheitert sein, ich glaube aber, dass es ganz wichtig wäre, so etwas wieder ins Leben zu rufen. Das hat damit zu tun, was Sie auch sagten, dass Leute aus Berlin sich im Ausland treffen und gar nicht wissen, dass sie an ähnlichen Themen arbeiten und in der gleichen Stadt verankert sind. Das müssten wir vermeiden, denn wir haben nicht die Möglichkeit, unser Potenzial so zu verschwenden, dass wir Duplikationen von wissenschaftlichen Ansätzen machen. Deshalb brauchen wir diese strategischen, gemeinsamen Treffen zwischen Universitäten und außeruniversitären Einrichtungen.

Ich würde sehr stark dafür plädieren, dass man hier einfach mal einen Piloten in einem bestimmten Wissenschaftsbereich startet und vielleicht versucht, ein Gremium aufzusetzen, wo man sich zwischen Freier Universität, Charité, Humboldt-Universität und den entsprechenden außeruniversitären Einrichtungen trifft und bespricht: Wohin wollt ihr? Wo wollt ihr in den nächsten fünf Jahren sein? Was sind die Themen, die ihr dabei voranbringen wollt? – Es wäre wichtig, dass man gemeinsame strategische Planungen macht, für die Inhalte auf der einen Seite, aber auch für Rekrutierungen. Für Rekrutierungen ist das ein ganz wichtiges Element, denn wir müssen wissen, welche Kapazitäten in bestimmten Themen wir in den nächsten Jahren haben werden. Wir können dann wesentlich bessere Optionen, Karrierewege für Wissenschaftler, die wir nach Berlin holen, schaffen, wenn wir eine längerfristige Perspektive und gemeinsame Planungen haben. Das wäre mein großer Wunsch, ehrlich gesagt, dass wir das hinkriegen, auch wenn es schon mal im Versuch gescheitert ist, dass wir es trotzdem noch einmal wagen, diesen Versuch zu wiederholen und vielleicht auch mit einer Pilotphase in einem bestimmten Wissenschaftszweig starten. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Brychey: Vielen lieben Dank! – Jetzt hören wir noch Frau Trommsdorf.

Sandra Trommsdorf (IHK Berlin): Herzlichen Dank! – Danke auch für die vielen Impulse und Fragen. Vorab kurz die volle Zustimmung zu meinem Vorredner, was die Themen Gründungsstandort, rechtliche und auch kulturelle Rahmenbedingungen für Gründungen angeht, auch das Thema Kriterien für Transfer bei Begutachtungen Exzellenz mit zu berücksichtigenden.

Es fiel das Schlagwort „Fünftes Rad am Wagen“/HAWs. Es muss darum gehen, die Gräben zwischen den Universitäten und HAWs aufzulösen. Es ist ja gerade ein Vorteil und auch ein USP des Innovationsstandortes Berlin, dass wir diese gute Mischung haben; das ist Teil der

Berliner Anziehungskraft. Deswegen sollten wir daran weiter arbeiten und hochschulübergreifende Verbände an dieser Stelle stärken.

Zu den Transferscouts und Transferseminaren, damit verbunden die Frage, wie die Hochschulen dazu stehen: Das würde ich vielleicht mit zwei Antworten versehen. Das eine ist, dass es, glaube ich, darum gehen muss, den Hochschulfokus, das Hochschulinteresse mit dem entsprechenden Transfer und Kooperationen mit KMU zu verknüpfen, also das jeweilige Profil der Hochschulen mit dem Transfer und den Anreizen zu verknüpfen. Der zweite Punkt: Ein Haushaltsbudget für das Thema Transfer ist, glaube ich, ganz wichtig. Da reicht es nicht aus, im Haushalt einen jährlichen Aufwuchs von 3,5 Prozent für die Kostensteigerungen, Inflation etc., zu haben. Wenn es kein Budget für Transfer gibt, wird am Ende das Thema Transfer zugunsten der anderen Säulen hinten runterfallen. Das darf nicht passieren.

Zu den Gründerzentren und Kapazitäten an Hochschulen: Es braucht aus unserer Sicht auch hier einen Ausbau. Im Fokus sollten die Grundfinanzierung als Basis und eine Grundsicherung des Personals stehen.

Zu den dualen Studiengängen beginne ich mal mit dem Thema Berufsschullehrkräfte. Von den rund 5 000 Berufsschullehrkräften, die wir im Land Berlin haben, sind schon heute nur noch maximal 40 Prozent – in Führungszeichen – echte Berufsschullehrkräfte. Die quantitativen Ausbildungszahlen an der TU Berlin sind, glaube ich, mit 33 Plätzen mittlerweile nahezu zu vernachlässigen. Insofern gilt es bei dem Thema wirklich, innovativ zu sein und ein ganzes Bündel und einen Strauß an Aktivitäten zu entfalten. Das kann der Q-Master sein.

Beim Thema Zweitfach, das ich hier ansprach, an der TU ging es mir darum, für das Thema Zweitfach beispielsweise auch andere Universitäten zu ermächtigen, dieses Zweitfach anzubieten, wenn das Zweitfach zum Beispiel an der TU mit einem NC belegt ist, und die anderen Universitäten beim Berufsschullehramt miteinzubeziehen.

Insgesamt sollten die dualen Studienmodelle ausgeweitet werden. Modellversuche für innovative Fächer, Kooperationen und Studienmodelle sind, glaube ich, der richtige Weg. Die HTW, BHT und ASH sollten aus unserer Sicht sicherlich eine aktivere Rolle spielen. Modelle, die es in anderen Ländern teilweise gibt – es war von Best Practice die Rede –, wären denkbar, um ein Oberstufenzentrum als Praxispartner mit HAWs gemeinsam in Verbundmodelle zu bringen. Ich glaube, hier geht es darum, wirklich kreativ zu werden, um das enorme Problem beim Fachlehrermangel im Bereich der beruflichen Schulen über alle Fächer hinaus dann zu lösen.

Vielleicht noch zwei Sätze zum dualen Studium in der Verwaltung: Hier ist es, glaube ich, wichtig, dass die HWR sicherlich ohne einen Studienplatzaufbau das alleine nicht stemmen kann. Wir sehen es als notwendig an, akademische Betreuerinnen und Betreuer in den Verwaltungen für die Betreuung zu schaffen, also auch hier einen Ausbau der dualen Studiengänge, um den massiven Bedarf an Personal – Sie haben es beschrieben – zu meistern. – Herzlichen Dank!

Vorsitzende Franziska Brychey: Vielen Dank! – Dann sind wir jetzt am Schluss der Anhörung. Ich möchte Ihnen, liebe Anzuhörende, ganz herzlich im Namen des Ausschusses danken, dass Sie heute hier waren, uns mit Ihrer Expertise zur Verfügung gestanden haben und

all die Fragen beantwortet haben. Vielen herzlichen Dank! – [Allgemeiner Beifall] – Dann die Frage an die Fraktionen, ob wir die Besprechung abschließen wollen oder vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt. – Die CDU-Fraktion sagt, abschließen. Was sagen die Koalitionsfraktionen? – Auch abschließen. Dann sehe ich hier Einvernehmen, und wir können die Tagesordnungspunkte abschließen.

Punkt 4 der Tagesordnung

Bericht Der Senat von Berlin – WGPGV B 1 / V G 3 –
vom 13.12.2022

[0063](#)

WissForsch

Rote Nummer 0606 A

**Maßnahmen zur Erhöhung der Anzahl an
Absolventinnen und Absolventen in
Lehramtsstudiengängen**

**hier: Bericht und Bitte um Änderung des
Berichtszeitraums**

gemäß Auflage B. 62 – Drucksache 19/0400 zum
Haushalt 2022/23

(vorab vom Hauptausschuss zur Verfügung gestellt)

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU

[0061](#)

Drucksache 19/0636

WissForsch

**Lernen ohne Limit – Eine 24h-Universitätsbibliothek
für Berlin**

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der FDP zum Antrag der
Fraktion der CDU

[0061-1](#)

WissForsch

Drucksache 19/0636-1

**Lernen ohne Limit – Eine 24h-Universitätsbibliothek
für Berlin**

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.